

«Fall Ulrich K.»

Der ehemalige Zuger Regierungsrat Hanspeter Uster soll den Vollzug des Tierschutzgesetzes im Fall Hefenhofen durchleuchten. So will es der Regierungsrat, der ihn als Leiter der Untersuchungskommission eingesetzt hat. Die Ernennung wirft Fragen auf.

In seiner Zeit als Zuger Sicherheitsdirektor war Uster gemäss Medienberichten mitverantwortlich für einen handfesten Justizvollzugsskandal. Demnach kam es im Amt für Straf- und Massnahmenvollzug zu «groben Unregelmässigkeiten» (NZZ-Artikel vom 16.3.2010). Mindestens 188 rechtskräftig Verurteilte seien ihren Strafen oder Massnahmen entgangen (NZZ-Artikel vom 8.6.2009). Uster war von 1991 bis 2006 Sicherheitsdirektor und damit Vorgesetzter des zuständigen Amtschefs. Uster wehrte sich gemäss «Thurgauer Zeitung» gegen die Vorwürfe. Die Fehler seien «nicht gravierend» gewesen. Die Fakten sprechen aber eine andere Sprache. Marcel Bertschi, ehemaliger Erster Staatsanwalt des Kantons Zürich, der den Fall im Auftrag der Zuger Regierung untersuchte, sprach von einer «Sauerei» (NZZ-Artikel vom 29.5.2008). Der verantwortliche Amtschef wurde wegen mehrfacher Begünstigung angeklagt (NZZ-Artikel vom 16.3.2010). Im Rahmen der politischen Aufarbeitung erhob

die Justizprüfungskommission des Zuger Kantonsrats schwere Vorwürfe gegen Uster. Als höchster Chef des Amtes habe er «gravierende Fehler» gemacht. Er sei «mitverantwortlich für den Vollzugsskandal im Amt» (NZZ-Artikel vom 8.6.2009 und 16.3.2010).

Wenn gegen 200 verurteilte Straftäter ungeschoren davorkommen, weil ihre Urteile nicht vollzogen werden, ist das nicht harmlos. Wird Uster den Nichtvollzug rechtskräftiger Tierhaltverbote im Thurgau auch so mild beurteilen wie den Nichtvollzug rechtskräftiger Strafurteile in Zug?

Zu begrüssen ist, dass bei der Auswahl auf Unabhängigkeit und juristische Erfahrung Wert gelegt wurde. Nur: Wer selber Vollzugsprobleme zu verantworten hat, sollte nicht Vollzugsprobleme untersuchen. Es scheint angebracht, die Ernennung noch einmal zu überdenken. Vertrauensbildend ist sie jedenfalls nicht.

**Pascal Schmid, Kantonsrat,
8570 Weinfelden**